

Mit neuer Stärke und bewährten Kräften im Landtag

Während die Verhandlungen mit der ÖVP über das Regierungsprogramm noch andauern, wurde das freiheitliche Team für den Salzburger Landtag fixiert. „Wir Freiheitliche ziehen mit neuen Stärken und bewährten Kräften in den Salzburger Landtag ein“, erklärte Landesparteiobfrau Marlene Svazek. **S. 13**



Foto: FPÖ Salzburg

Auf Seite der Bürger und nicht der Eliten!

Schon wieder Ausgrenzungspolitik gegen Koalition der FPÖ mit den Bürgern

S. 2/3



Bei Gesundheit und Pflege droht jetzt der Kollaps!

Freiheitlicher „Sechs-Punkte-Plan“ für eine nachhaltige Reform – **S. 4/5**

PARLAMENT

Verfassungsklage

FPÖ und SPÖ haben eine Verfassungsklage gegen den „Pensionsraub“ über die Aliquotierungsregelung eingebracht. Wer zu Jahresanfang in Pension geht, bekommt im folgenden Jahr die volle Erhöhung, wer das im November macht, bekommt keine. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Jetzt gegen China?

In ihren hochtrabenden moralischen Anflügen will die EU jetzt auch Drittstaaten sanktionieren, die militärtaugliches Material nach Russland exportieren. Darunter ist auch China, der wichtigste Handelspartner der Union. Peking hat bereits gewarnt. **S. 8/9**

WIEN

Realitätsverweigerer

Nein, in seinem Bezirk habe trotz Machetenmord und Vergewaltigungen niemand Angst, tönte der rote Bezirksvorsteher der Brigittenau. Für die FPÖ das klassische Beispiel der roten Realitätsverweigerung zu den Folgen der Masseneinwanderung. **S. 11**

MEDIEN

Zensur im Netz

Die sozialen Medien sollten politischen Diskurs demokratischer und pluralistischer machen. Diese Macht ist den Regierungen spätestens seit Corona ein Dorn im Auge. Per Gesetz werden die Plattformen angehalten, sich als Zensoren zu betätigen. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die einen kleben sich hysterisch an die Fahrbahnen, die anderen an Regierungsposten. Grünen-Klubchefin Maurer ist jedenfalls ganz wild darauf, die Amtsperiode auszusitzen. Völlig egal, dass die Österreicher sie inzwischen hochkant von ihrem hohen Ross heruntergeholt wissen wollen.

Chaos in Schönsprech

Aber jetzt ist schon nicht mehr nur die steigende Zahl der Inflationsopfer mit der Koalition unzufrieden, sondern auch deren vormalige Unterstützer und Fürsprecher.

KTM-Chef Stefan Pierer, ein ehemaliger ÖVP-Großspender, ist jedenfalls vom Klimamärchen der Koalition wenig angetan, muss er doch irgendwie eine 200-Kilo-Batterie auf seine Motorräder packen, damit sie den Klimavorgaben der „Mobilitätsfachleute“ von Schwarz-Grün entsprechen.

Aber auch WIFO-Chef Gabriel Felbermayr hält mit seinem Unmut nicht mehr hinterm Berg. Die hohe Inflation gefährdet den Wirtschaftsstandort, die Regierung soll gefälligst mehr PS gegen die Preissteigerungen auf die Straße bringen.

Über allem thront Karl „der Entrückte“ Nehammer. Unbeirrt erklärt er mit Hilfe einer Hundertschaft an PR-Beratern in der Kanzler-Trutzburg jede noch so schwachsinnige Maßnahme zur ultimativen Erlösungshilfe.

Kritik daran ist Majestätsbeleidigung, Neudeutsch: Hass und Hetze. Das kreidet er Herbert Kickl und seiner FPÖ an, die sich ständig in Tonfall und Wortwahl vergreifen würden.

Tschuldigung, Ihre Gnaden, aber so reden immer mehr Bürger über sie, und es werden täglich mehr – auf Seiten der FPÖ.

Die gefährliche Selbstgefälligkeit

Kickl: Regierungsfähigkeit heißt, im Interesse der eigenen Bevölkerung

ÖVP, Grüne und SPÖ sehen sich – unterstützt durch Bundespräsident und Medien – im alleinigen Besitz der „Regierungsfähigkeit“. Das Ergebnis einer falschen Corona-Politik, einer Energiewende ohne Augenmaß und einem EU-Wirtschaftskrieg ist eine Spur der Verwüstung im Land. Kritik wird nicht geduldet, weder von den Verursachern, noch ihren Unterstützern in den alten und neuen Medien.

„Hauptsache Stil und Tonalität entsprechen dem Geschmack der selbsternannten Eliten!“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl die selbsternannten „Regierungsfähigen“. Die fatalen Folgen dieses angeblich „guten Stils“ bekommen die Menschen angesichts der Rekordteuerung tagtäglich an der Supermarktkasse, an der Tankstelle oder beim Leeren des Postkastens an den Rechnungen für Miete, Strom und Gas zu spüren.

Inflation, Steuern, Gebühren

Während für den sinnlosen Masken- und Impfwang Milliarden Euro an Steuergeld für „Freunde des Systems“ oder Pharmakonzerne wie Pfizer ausgeschüttet wurden, droht das Gesundheits- und Pflegesystem wegen dieser Geldverschwendung zu kollabieren. Asylwerber hat man mit großzügigen Sozialleistungen und einem „Klimabonus“ angelockt, die eigenen Bürger wurden mit neuen Steuern, von der CO₂-Abgabe bis hin zur ORF-Haushaltsgebühr, sowie ständig erhöhten Gebühren zwangsbeglückt.

„Es ist eine Teuerungswelle, die den Menschen das tägliche Leben unleistbar macht und viele in eine

tiefe Verzweiflung stürzt“, erklärte der Bundesparteiobmann. Wie zum Hohn lobte sich ÖVP-Kanzler Karl Nehammer für die von den Unternehmen finanzierten „Kaufkraftsteigerung“ über die Lohnerhöhungen, die sich aber aufgrund der galoppierenden Inflation als „Armutsteigerung“ entpuppte, die schon längst die arbeitenden Menschen und den Mittelstand erreicht habe, betonte Kickl: „Das Einkommen reicht schon lange nicht mehr zum Auskommen. Auch die Pensionisten werden von dieser Regierung im Stich gelassen, denn diese Einheitspartei hat es so weit getrieben, dass es am Ende des Erwerbslebens schon fast besser ist, einen Asylantrag anstatt eines Pensionsantrages zu stellen!“

Inflation bedeutet, dass das Geld der Menschen heute weniger wert sei als gestern, erklärte Kickl und rechnete Nehammer seine „Kaufkraftsteigerung“ vor: 100 Euro im März 2020 haben heute nur noch einen Wert von 80 Euro.

Ergebnis einer falschen Politik

Was ist in der Zeit dazwischen passiert? Eine fanatische und falsche Corona-Politik hat das Land gespalten und mit einer weltweit



Herbert Kickl fordert wirksame Maßnahmen: Mietpreisbremse, Rücknahme der CO₂

einzigartigen Lockdownkaskade die Wirtschaft schwer geschädigt. Mehr als 50 Milliarden Euro wurden so vernichtet und hätten lediglich eine Wirkung als Inflationsturbo entfaltet, kritisierte Kickl: „Als Einzige haben wir Freiheitliche davor von Beginn an gewarnt!“

Kohle, Öl und Gas wurden im Namen einer Energiewende verteuert, die jedes Augenmaß verloren habe. Damit werde nicht das Klima gerettet, sondern nur Indien und China stärker gemacht und den Bürgern eine politisch gewollte Stromverteuerung aufgezwängt.



SPITZE FEDER Die „Verpetzer-Bande“.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUAT33
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Ungerechtigkeit der Eliten handeln – und nicht gegen die Österreicher!



Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung: Mehrwertsteuersenkung bei Lebensmitteln, Energiesteuer wie der NoVA-Erhöhung: „Das wäre eine echte Entlastungspolitik!“

„Auch davor hat die FPÖ gewarnt – wieder als einzige Partei. Die Beteiligung an einem Wirtschaftskrieg der EU hat die Energiepreise dann erst so richtig explodieren lassen und die Teuerung in allen Bereichen angeheizt, ohne Frieden zu bringen – wieder weisen nur wir Freiheitliche darauf hin“, zählte der freiheitliche Bundesparteiobmann die Hauptursachen für die Rekord-inflation auf – die von der Europäischen Zentralbank über deren jahrzehntelange unverantwortliche Schuldenpolitik auch noch angefüttert worden sei.

Wer das kritisiert und dafür Zuspruch von den Bürgern erfährt, der wird von den Verursachern diskreditiert, von den Medien gebrandmarkt und von den sozialen Medien gesperrt. So auch der äußerst erfolgreiche YouTube-Kanal von FPÖ TV mit über 194.000 Abonnenten. „Die sozialen Medien wollten den politischen Diskurs demokratischer und pluralistischer gestalten. Aber wenn diese Machtstellung für politisch motivierte Zensurschritte missbraucht wird, ist das brandgefährlich“, kritisierte der FPÖ-Bundesparteiobmann. (Siehe dazu S.14)

SPRUCH DER WOCHE

„Es fragen sich viele Menschen, warum die Energieversorger den Österreichern viel Geld abverlangen, das die Regierung mit Sondersteuern einsammelt und als Sozialleistung ausschüttet. Das klingt nach Schildbürgeri.“



Gabriel Felbermayr
14. Mai 2023

Der WIFO-Chef zeigt den Schildbürgerstreich der Koalition bei der „Übergewinnsteuer“ für Energieversorger auf.

KURZ UND BÜNDIG



Grün und armselig

Als „armselig“ beschrieb der freiheitliche Generalsekretär Michael Schnedlitz (Bild) den Auftritt der grünen Klubchefin Sigrid Maurer in der ORF-Pressestunde: „Außer ‚wir wollen, wir möchten und alle anderen tragen die Schuld am Versagen‘, blieb auf die Fragen nichts übrig.“ Davon zu fabulieren, dass Österreich besser dastehe als andere Länder, sei eine Verhöhnung der Österreicher. Immer mehr fänden wegen der von Schwarz-Grün verursachten Preisexplosion kein Auskommen mehr mit ihrem Einkommen.

Heuchlerische ÖVP

Seit Dezember 2019 werden alle EU-Rechtsakte des „Green Deal“ in Brüssel von der ÖVP ungeniert mitgetragen. Jetzt plötzlich wagen ÖVP-Abgeordnete angesichts der Folgen für Österreich erstmals Kritik an dieser „Klima-Bibel“, wunderte sich der freiheitliche Europaabgeordnete Georg Mayer (Bild): „Wenn die ÖVP-EU-Abgeordnete Simone Schmiedtbauer ihre Kritik ernst meint, lade ich sie herzlich ein, unserer ID-Fraktion im EU-Parlament beizutreten. Dort lehnt man den Green Deal tatsächlich ab.“



Grüner Ökomarxismus

Der von Klimaministerin Leonore Gewessler vorgelegte Entwurf zum „Energie- und Klimaplan“ trieft vor Verbotsphantasien, Abkassieren und purer Autofahrerfeindlichkeit mit fatalen Folgen für Bürger und Wohlstand. „Nach NoVA-Erhöhung, Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer, Einführung der CO₂-Steuer und einer schikanösen StVO-Novelle kennen die Grünen und ihre Ministerin Gewessler offenbar gar keine Grenzen mehr“, kritisierte FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker (Bild). Die Vorgaben zur CO₂-Reduktion seien schlicht ökomarxistischer Planwirtschaft entsprungen.



BILD DER WOCHE Soll das heißen, das „Autofahrer ärgern“ ist nur ein Kabarett, alles nur Spaß? Wer kann darüber lachen?

„Unser ‚Sechs-Punkte-Plan‘ hilft dem Gesundheits- und Pflegewesen!“

Der freiheitliche Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak übt im NFZ-Interview heftige Kritik an der Untätigkeit der schwarz-grünen Koalition im Gesundheitsbereich: „Eine Finanzierung aus einer Hand wäre langfristig die effizienteste Möglichkeit, die Steuerbarkeit des Gesundheitssystems herzustellen und die vorhandenen Mittel bestmöglich einzusetzen.“

Herr Abgeordneter, alle reden vom Ärzte- und Pflegekräftemangel, aber erst jetzt hat die Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) Zahlen publiziert und Alarm geschlagen. Hat man zu lange zugewartet?

Kaniak: Die GÖD hat in ihrer Erhebung Erschreckendes zu Tage getragen. Fast 10 Prozent der heimischen Spitalsbetten müssen gesperrt werden, weil Ärzte und Pflegekräfte fehlen. Das bestätigt unsere Warnungen, mit denen wir Schwarz-Grün seit Regierungsantritt zum Handeln aufgefordert haben. Bisher leider vergeblich, wenn man vom letztwöchigen Beschluss der Einführung der Pflegelehre einmal absieht, der von ÖVP und Grünen aber auch wieder nur halbherzig umgesetzt wurde. Denn der Ausbildungsbeitrag beträgt nur 600 Euro und liegt damit unter der Lehrlingsentschädigung von 650 Euro. Die ÖVP versagt damit genau jenen jungen Menschen die notwendige Anerkennung, die unser Gesundheits- und das Pflegesystem vor dem Zusammenbruch bewahren sollen. Zynischer kann man Gesundheitspolitik nicht konterkarieren.

Die Pflegelehre, die in der Schweiz von den Jugendlichen besonders angenommen wird und ausgezeichnet funktioniert, wird in Österreich nur alibihalber in Angriff genommen?

Kaniak: Was es braucht, ist entschlossenes Handeln, das auf einem durchdachten Plan fußt, wo man alle Faktoren umfassend bedient. Mit dem halbherzigen Weiterwursteln fährt Schwarz-Grün unser vormals vorbildhaftes Gesundheitssystem endgültig gegen die Wand. Es hilft nichts, wenn die Koalition nur kosmetisch und punktuell einzu-

greifen versucht. Das Problem muss ganzheitlich gelöst werden! Reformen über Verordnungen einzuleiten, ist in unseren Augen kein probates Mittel. Wir Freiheitliche fordern, dass der Nationalrat geschlossen als Gesetzgeber agieren muss. Die Parteien kennen mittlerweile die Probleme im System. Ich lade daher jeden ein, unseren „Sechs-Punkte-Plan“ zu unterstützen.

Können Sie diese sechs Punkte erläutern, mit denen die Freiheitlichen das Gesundheitssystem retten wollen?

„Wir brauchen eine Lenkung der Patientenströme in den niedergelassenen Bereich, um die Spitäler zu entlasten.“

Kaniak: Die Probleme lassen sich in drei Bereiche einteilen: der Personalmangel, die Leistungsebene sowie die Komplexität auf der Finanzierungsebene. Im Bereich Personal müssen die beruflichen Rahmenbedingungen geändert und die strukturellen Probleme gelöst werden. Dazu müsste für eine ordentliche Personalplanung der österreichische „Strukturplan Gesundheit“ evaluiert werden, ebenso wie die regionalen Strukturpläne. Auch die überbordende Dokumentationspflicht und bürokratische Dauer-

lastungen verschärfen die Situation. Betreffend der Arbeitszeiten braucht es mehr Planungssicherheit mit verbesserter Vereinbarkeit von Be-

ruf und Familie. Bei den Ärzten könnte man der Pensionierungswelle kurzfristig durch Anreize zur Weiterbeschäftigung und einer temporären Aufhebung der Altersgrenze für Kassenärzte entgegenwirken. Besonders rasch wäre eine Integration der Wahlärzte in das öffentliche Gesundheitssystem mit einer Möglichkeit der „Doppeltätigkeit“ als Wahl- und Kassenarzt wirksam. Mittelfristig könnten bundesweit einheitliche Stipendien für Medizinstudenten eine Lösung sein, durch die sich junge Ärzte zur Annahme einer Kassen- oder Spitalsstelle verpflichten.

Das ist der einfachere Teil der Reform, gescheitert sind bisherige aber an der „Komplexität des Systems“, dem Förderalismus.

Kaniak: Diese Reform muss angegangen werden, weil unser Gesundheitswesen immer spitalslastiger geworden ist und der Anteil an kassenärztlichen Ordinationen massiv zurückgeht. Die Primärversorgungszentren, die für Entlastung sorgen könnten, befindet sich erst im Aufbau. Es bedarf daher einer Ausweitung und Aufwertung der Kompetenzen aller Gesundheitsberufe, um eine größere Akzeptanz zu schaffen und eine Entlastung der jeweiligen höherwertigen Berufe zu schaffen. Das heißt, wir benötigen eine Lenkung der Patientenströme in die richtige Richtung: nämlich in die Gesundheitsversorgung vor Ort zum niedergelassenen Bereich, um eben die Spitäler zu entlasten. Dieser Schritt ist in den Verhandlungen über die Landeszielsteuerung und 15a-Vereinbarung mit den Ländern nur mit mäßigem Erfolg angegangen worden. Für eine effiziente Mittelverwendung und Lenkung der Patientenströme bedarf es einer Verknüpfung der Finanzierung und der Entscheidungskompetenz. Also eine Finanzierung aus einer Hand wäre langfristig die effizienteste Möglichkeit, die Steuerbarkeit des Gesundheitssystems herzustellen und die vorhandenen Mittel bestmöglich einzusetzen.



Foto: NFZ



Thema der Woche

Gesperrte Stationen an Spitätern, mo

Reformen Warnungen der Freiheitlichen

Erstmals liegen aktuelle Zahlen zu Spitalsmiserie und Personalmangel im Gesundheitswesen vor. Die Situation ist alarmierend: 2.775 Spitalsbetten – das entspricht der Kapazität aller Krankenhäuser Oberösterreichs! – sind wegen Ärzte- und Pflegekräftemangel derzeit gesperrt. Die FPÖ fordert eine sofortige und umfassende Reform, bevor das Gesundheitssystem endgültig kollabiert.

Die Zahlen beziehen sich laut der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (GÖD) auf alle länder- und gemeindegeführten Spitäler in Österreich mit insgesamt 33.000 Betten. Österreichweit sind damit 8,41 Prozent der Betten gesperrt.

„Die hohe Arbeitsbelastung und der Mangel an medizinisch pflegerischem Personal hat dazu geführt, dass aktuell weit mehr Betten gesperrt sind, als es im AKH mit 1.732 gibt“, erläuterte GÖD-Vorsitzender Reinhard Waldhör.

2.900 offene Spitalsstellen...

Verschärft werde die Situation durch knapp 700 offene Stellen bei Medizinerinnen, sowie 2.200 fehlenden Pflegekräften. „Dabei stehen wir erst am Anfang, die Pensionierungs-



monatelanges Warten auf Untersuchungen und Operationen sind wegen des Personalmangels bereits Alltag in Österreichs Spitälern.

„bevor unser Spitalswesen kollabiert!“

Warnungen zu Gesundheitswesen und Pflege wurden jetzt von Gewerkschaft und Experten bestätigt

welle der Babyboomer steht gerade erst an“, warnte Waldhör die Politik eindrücklich. Das bedeutet eine steigende Arbeitsbelastung für das gesamte aktive Personal und noch weniger Zeit für die individuelle Betreuung der Patienten.

„Uns droht in der Gesundheitsversorgung ein massiver Kahl Schlag, wenn nicht endlich geeignete Maßnahmen getroffen werden, die den akuten Ärztemangel und Mangel an Pflegekräften abstellen können“, schloss sich FPÖ-Gesundheitssprecher und Vorsitzender des parlamentarischen Gesundheitsausschusses, Gerhard Kaniak, den Warnungen der GÖD an.

Die Parteien würden die Ursachen der Probleme im System längst kennen, betonte Kaniak. Für eine nachhaltig wirksame Reform sei man bisher immer an der „heiligen Kuh“ Föderalismus gescheitert. In ihrem „Sechs-Punkte-Programm“ – siehe dazu Interview Seite 5 – fordern die Freiheitlichen zur Beendigung des Kompetenz-Wirrwarrs eine Finanzierung und Lenkung aus einer Hand, weil dies die effizienteste Möglichkeit wäre, die Steuerbarkeit des Gesundheitssystems herzustellen und die vorhandenen Mittel bestmöglich einzusetzen, betonte der FPÖ-Gesundheitssprecher: „Ich

lade daher jeden ein, unseren Sechspunkte-Plan zu unterstützen!“

Als Sofortmaßnahme zur Behebung des Ärztemangels schlagen die Freiheitlichen vor, Wahlärzten Kassenverträge anzubieten und das Doppelbeschäftigungsverbot aufzuheben. Das ist sofort versorgungswirksam, weil Qualitäten und Infrastruktur vorhanden sind.

... und Pflegenotstand dazu

Daneben werden ja noch händeringend bis zu 100.000 Arbeitskräfte für die Pflege bis 2030 gesucht. So lautete die düstere Prognose der

Expertenberatung bei der Pflegeenquete des Bundesrates in der Vorwoche. Mit der Einführung der von den Freiheitlichen geforderten Pflegelehre hat die schwarz-grüne Koalition erstmals auf den Pflegenotstand reagiert. Ab Herbst startet die Testphase dazu in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg.

Aber wieder nur halbherzig folgte man dem erfolgreichen Schweizer Vorbild. Denn im Vollausbau sollen nur 1.000 Lehrlinge pro Jahr ausgebildet werden. Hinzu komme ein „negativer Lenkungseffekt“ über

das zu niedrige Entschädigungsschema, kritisieren die Freiheitlichen.

Der Ausbildungsbeitrag in der Pflegeschule liege mit 600 Euro um 50 Euro unter der Lehrlingsentschädigung, führte der FPÖ-Abgeordnete Christian Ragger an: „Auch mit 1.500 Euro im vierten Lehrjahr verdient man weniger als etwa ein Maurer.“ Daher hinauf mit der Entschädigung im ersten Lehrjahr auf 900 Euro, im vierten Jahr dann 2.000 Euro brutto. Neben den psychischen und emotionalen Herausforderungen bedeute Pflege auch harte körperliche Arbeit. „Das muss daher ordentlich abgegolten werden“, forderte der FPÖ-Abgeordnete.

Auch der Quereinsteigerbetrag, mit 1.400 Euro gedeckelt, sei eindeutig zu niedrig. Wer über die geringfügigkeitsgrenze, also mehr als 501 Euro dazuverdient, verliert dieses Stipendium schon wieder. „Wenn man alleinerziehend ist oder in Miete wohnt, kann man davon nicht leben“, kritisierte Ragger.

Nur wenn man beim Finanzien ansetze, die Leistung wirklich belohnt und ein Einkommen zum Auskommen schafft, könne man die Pflegekräfte gewinnen, die notwendig sind, um einen Pflegebankrott vermeiden zu können.



Ragger: Anpassung des Ausbildungsbeitrags an Lehrlingsentschädigung.

Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Tofl



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

In der Sondersitzung des Nationalrates überraschte die SPÖ-Obfrau mit der Ankündigung, in Zukunft keine Gesetzesvorhaben der Regierungsparteien mehr unterstützen zu wollen – so lange, bis die Regierung effiziente Maßnahmen gegen die Teuerung umsetzt.

SPÖ-Blockade?

Was aufs Erste spannend klingt, erweist sich jedoch als Selbstfänger mit Anlauf. Denn die SPÖ wird ihre Blockade nicht lange durchhalten können, weil sie bei „einfachen“ Gesetzen nicht gebraucht wird. Und bei den sogenannten „Zweidrittel-Materien“ handelt es sich nicht nur um Verfassungsgesetze, sondern auch Änderungen der Geschäftsordnung des Nationalrates oder „besondere“ Bundesgesetze wie für Energie- und Bankenrecht.

Der Freiheitliche Klub hat sich mit der Möglichkeit solch einer Blockade befasst, aber ist immer zu dem Ergebnis gekommen, es bleiben zu lassen, da man sich damit recht rasch ins eigene Fleisch schneidet. Ein fiktives Beispiel: Würde die FPÖ einer Vorlage zur Verankerung des Bargeldes in der Verfassung nicht zuzustimmen? Wohl kaum. Mit genau solchen Vorlagen muss man als Oppositionspartei aber rechnen, wobei die SPÖ die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat. Es wird nicht lange dauern, und sie wird in Erklärungsnot sein. Eine Not, die jeder Parlamentarische Mitarbeiter voraussagen kann, nicht aber die Spin-Doktoren der SPÖ.

Als Ausweg bleibt der SPÖ, eine Alibi-Aktion der Regierung als „ausreichend“ zu beurteilen, was für eine Oppositionspartei auch ein Super-Gau ist. Das rote Unvermögen zeigt einmal mehr, dass nur mit der FPÖ ein Staat zu machen ist.

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Keine Soldaten in die Ukraine

„Solange in der Ukraine Krieg herrscht, haben österreichische Soldaten in diesem Gebiet nichts verloren“, erklärte FPÖ-Wehrsprecher Volker Reifenberger (Bild) zur laufenden Diskussion über eine Unterstützung der Ukraine während des Krieges bei der Minenräumung. Dieses vom ÖVP-Kanzler initiierte Vorgehen wäre kein humanitärer Einsatz und wäre daher mit der österreichischen immerwährenden Neutralität nicht vereinbar, betonte Reifenberger.



UMWELTPOLITIK

CO2-Steuer

Die FPÖ-Forderung nach einer Abschaffung der CO₂-Bepreisung wurde im Umweltausschuss ein weiteres Mal in die Warteschleife geschickt. FPÖ-Abgeordneter Walter Rauch argumentierte, dass die Steuer ein inflationstreibender Faktor sei, ohne die gewünschten Lenkungseffekte zu erzielen.

Verfassungsklage gegen die Pensionsaliquotierung

FPÖ und SPÖ klagen gegen ungerechte Pensionskürzungen

Nur wer im Jänner in Pension geht, erhält im folgenden Jahr 100 Prozent der festgelegten Anpassung. Wer später geht erhält weniger. SPÖ und FPÖ klagen jetzt gegen diese Regelung.

SPÖ und FPÖ haben sich auf eine gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen die Pensionsaliquotierung verständigt. Deren Sozialsprecher Dagmar Belakowitsch und Josef Muchitsch sprachen von einem „Pensionsraub“, der Zigtausende betreffen werde, die ab 2025 in Pension gehen werden.

Lebenslange Pensionskürzung

Nur wer dann im Jänner in Pension geht, erhält im folgenden Jahr 100 Prozent der festgelegten Anpassung. Wer im November oder De-



Lebenslange Pensionskürzung? FPÖ und SPÖ klagen dagegen.

zember die Pension antritt, schaut durch die Finger. Das bedeutet, dass viele Neupensionisten ab 2025 „im besten Fall“ 40 Prozent der Inflation im ersten Pensionsjahr abgegolten

bekommen. Diese Regelung stellt eine lebenslange Pensionskürzung dar, die sich auf weit über 10.000 Euro summieren kann, rechnete die FPÖ-Sozialsprecherin vor.

ÖVP lässt die Unternehmen im Stich

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vergangene Woche wurde ein Antrag der FPÖ zur Aufnahme des Strompreiskos-



ten-Ausgleichsgesetzes auf die Tagesordnung von den beiden Regierungsparteien ÖVP und Grünen abgeschmettert.

„ÖVP und Grüne lassen die heimische Industrie völlig im Regen stehen, aus rein parteipolitischen Taktierereien fügen die beiden Regierungsparteien damit dem Industriestandort Österreich katastrophalen Schaden zu“, empörte sich der freiheitliche Wirtschafts- und Energiesprecher Axel Kassegger (Bild). Denn ein Entwurf für das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz liege bereits seit November 2022 fertig vor und müsste nur-

mehr vom Parlament beschlossen werden.

Die Koalition beschere damit den heimischen Betrieben einen massiven Wettbewerbsnachteil, insbesondere gegenüber jenen vierzehn EU-Staaten, die von entsprechenden Regelungen bereits Gebrauch machen. „Es ist daher mit den Grundsätzen der Logik überhaupt nicht vereinbar, dass die Volkspartei für sich noch immer den Anspruch erhebt, ‚Partei der Wirtschaft‘ zu sein“, kritisierte der FPÖ-Wirtschaftssprecher das wirtschafts- und arbeitsplätzegefährdende Verhalten der ÖVP.

1.183 Straftaten in den Asylunterkünften

Schluss mit schwarz-grünem „Welcome Service“, Österreich braucht einen Asylstopp!

Körperverletzungen, Sexualstraftaten, gefährliche Drohungen, Diebstähle und Drogenkriminalität sind der Alltag in Österreichs Asylunterkünften. Pro Tag werden drei Straftaten begangen. Die FPÖ forderte einen radikalen Kurswechsel in der Asylpolitik.

1.183 Straftaten, um 58 Prozent mehr als im Jahr davor, wurden im vergangenen Jahr in den österreichischen Asylunterkünften begangen. Diese Zahlen gab das ÖVP-geführte Innenministerium in der Beantwortung einer Anfrage des freiheitlichen Sicherheitssprechers Hannes Amesbauer bekannt.

„Das ist das Ergebnis des ÖVP-Totalversagens im Zusammenhang mit der neuen Völkerwanderung. In sieben Bundesländern gab es deutliche Anstiege zu verzeichnen, wobei die Steiermark mit einem Plus von 220 Prozent trauriger Spitzenreiter in dieser unrühmlichen Statistik ist“, zitierte Amesbauer weitere Details aus der Anfragebeantwortung von ÖVP-Innenminister Gerhard Karner.

Diese Anfragebeantwortung widerlege aber einmal mehr auch die gängige Erzählung, dass hier in großer Zahl Fachkräfte für den angespannten österreichischen Arbeitsmarkt ins Land kommen würden, betonte der FPÖ-Sicherheitssprecher.

Sicherheitsrisiko für Bürger

Diese Straftaten sind wohlge-merkt nur jene, die direkt in den Asyl- und Fremdenunterkünften zur Anzeige gebracht wurden. „Dieses kriminelle Potential stellt eine grosse Herausforderung für die Polizei und eine Zumutung für die Anrainer dar. Denn dieses kriminelle Verhalten ist natürlich auch ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung“, erklärte Amesbauer.



Mit Asylwerberrekordzahl 2022 auch neuer Rekord an Straftaten.

Sein Resümee: „Es braucht endlich einen konsequenten Asylstopp, einen echten Grenzschutz und die Legalisierung von Pushbacks. Das ‚Welcome Service‘ von ÖVP, SPÖ und Grünen ist gescheitert und beschert uns auch heuer schon wie-

der ähnlich hohe Asylwerberzahlen wie im Rekordvorjahr.“

Das alles sei den Österreichern nicht mehr zumutbar, bemerkte Amesbauer. Die freiheitliche Alternative zum Massenansturm heißt „Festung Österreich“.

Opernball-Besuch und Koglers „Party“ in Kritik

Es hat weiterhin ein politisches Nachspiel. Die NFZ hat letzte Woche über die horrenden Kosten berichtet, die einige Regierungsmitglieder im Zuge des diesjährigen Opernballbesuchs verursacht hatten. Bekanntlich hatte Finanzminister Magnus Brunner mit 45.000 Euro die meisten Kosten. Über 27.000 Euro kostete seine Rangloge inklusive zehn Ballkarten. Um rund 9.500 Euro wurde im Nobelhotel Sacher ein fürstliches Abendessen verzehrt. 23.600 Euro kostete Minister Kochers Rangloge. Es wurden von einigen Regierungsteilnehmern aber noch nicht alle Kosten abgerechnet, weshalb FPÖ-Kulturssprecher Thomas Spalt Folgeanfragen einbringen wird.

Und in seiner Rede im Nationalrat kam Spalt auf die „Verzögerungstaktik“ und die „Verhöhnung“ der Steuerzahler zu sprechen.

Ins Visier nahm Spalt dabei auch die Veranstaltung „Forum und Kultur“, die im Volkstheater abgehalten wurde und die faktisch eine



FPÖ-Kritik an Koglers Steuer-geld für Kulturveranstaltung.

grüne Parteiveranstaltung auf Kosten des Steuerzahlers war. 186.000 Euro zahlte Vizekanzler Werner Kogler (Die Grünen) aus dem Kulturbudget. „Alleine das Essen hat auf dieser grünen Kulturveranstaltung knapp 53.000 Euro gekostet. 66 Euro pro Kopf“, ist Spalt empört. Und er kritisierte auch den „Schmuse-Chor“, den man sich um 3.500 Euro Steuergeld geleistet hatte. Das Volkstheater erhielt für Miete und Personal an die 31.000 Euro. Zwei Personen moderierten die Veranstaltung um insgesamt 12.000 Euro.

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Kindergeld geht an 50.000 Asylanten

In der letzten Ausgabe der NFZ wurde darüber berichtet, wie viele in Österreich wohnhafte Kinder, die keine österreichische Staatsangehörigkeit haben, im Jahr 2022 von der Familienbeihilfe profitierten. Ein wesentliches Detail soll dabei aber nicht unerwähnt bleiben. Bei vielen dieser Kinder handelt es sich um Asylberechtigte. Von 27.763 Kindern, die syrische Staatsangehörige sind, haben 26.218 den Status des Asylberechtigten.

Somit haben sich die Flüchtlingskrisen der vergangenen Jahre finanziell negativ auf das Budget der Familienleistungen ausgewirkt. 52.246 Kinder gab es insgesamt, die asylberechtigt sind und für die Kindergeld bezahlt wurde. FPÖ-Politikerin Rosa Ecker hat die Zahlen aufgedeckt. Sie hat übrigens die Funktion der Familiensprecherin von Edith Mühlberghuber, die in den NÖ-Landtag wechselte, übernommen.



Freispruch und trotzdem pleite

So manch gerichtliches Verfahren kann einen unschuldigen Bürger in die Pleite treiben, wenn hohe Rechtskosten durch das oft langdauernde Verfahren anfallen. Im besten Fall bekommt ein Bürger 10.000 Euro seiner Anwaltskosten durch den Staat ersetzt. Sind die Kosten aber höher, was schon dem einen oder anderen „Polit-Promi“ passiert ist, bleibt dieser auf den Kosten sitzen. FPÖ-Politiker Christian Ragger (Bild) berichtet, dass es im Zeitraum 2019 bis zum 28. Februar 2023 insgesamt 36.394 Freisprüche und 650.860 Verfahrenseinstellungen gab. Über zwei Milliarden Euro hat dabei der Bund an Verteidigungskosten ersetzen müssen.



Harald Vilimsky

Brüssel gegen den Rest der Welt

Die EU ist unter Kommissionschefin Ursula von der Leyen zu einer Moralinstitution verkommen, der die Interessen ihrer Bürger egal sind. Vom „Green Deal“ bis zum Ukraine-Krieg wird auf Biegen und Brechen eine Politik forciert, die massive Auswirkungen auf die Menschen hat, die dafür auch noch zur Kassa gebeten werden. Das Prinzip: Das Gefühl moralischer Überlegenheit schlägt nüchterne Interessensabwägung.

Dabei versteigt sich von der Leyen immer wieder zu abstru-

sen Aussagen, dass man ernsthaft an der Zurechnungsfähigkeit der Brüsseler Nomenklatura zweifeln muss. Beider Verleihung des Karlspreises an Ukraines Präsidenten Selenskyj meinte sie, die Ukrainer „sichern mit ihrem Blut und ihrem Leben die Zukunft ihrer Kinder. Und auch unserer Kinder“. Die Ukraine wehrt sich gegen Russland. Da geht es weder um „europäische Werte“, noch um die Zukunft unserer Kinder.

Dass Brüssel nach dem Wirtschaftskrieg gegen Russland jetzt auch noch einen gegen China anzetteln will, ist völlig waghalsig. Die EU-Kommission will mit ihrem nächsten Sanktionspaket auch chinesische Firmen ins Visier nehmen. Nur: China ist der wichtigste Wirtschaftspartner der EU. 2022 wurden Waren im Wert von 626 Milliarden Euro aus China importiert. Wenn das eskaliert, dann wäre das wirtschaftlicher Selbstmord mit Anlauf. Man traut es der Leyen-Spieltruppe in Brüssel zu.

Athen: Kein Grund den Klimanotstand auszurufen

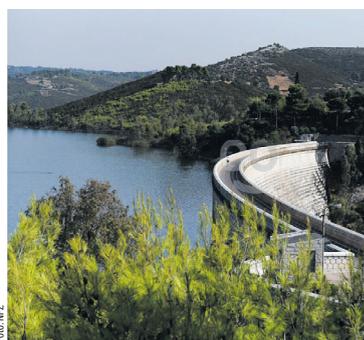
Eine erschütternde Nachricht für die „Letzte Generation“ kommt aus Griechenland. Demetris Koutsogiannis und sieben weitere Wissenschaftler aus der Abteilung für Wasserressourcen und Umwelttechnik der Fakultät für Bauingenieurwesen der Nationalen Technischen Universität Athen bzw. der Abteilung für Landwirtschaft der Universität Patras haben die Ausrufung des Klimanotstands durch die EU als nicht notwendig für ihr Land abgetan.

„In Anbetracht des von der EU ausgerufenen Klimanotstands und der Einrichtung eines Ministeriums für Klimakrise in Griechenland wurde ein über ein Jahrhundert gehender Datensatz auch aus klimatischer Sicht untersucht, um zu beurteilen, ob sie die Klimakrisen-Doktrin unterstützen oder nicht“, heißt es in der Studie.

Beim jährlichen durchschnittlichen Niederschlag sind die beiden wichtigsten klimatischen Ereignisse die höchsten Rekorde bei Niederschlägen im Jahr 1962-63 sowie

die intensive und anhaltende Dürre in den Jahren 1988-89 und 1992-93.

Man hat daraus gelernt, Athen verfügt nach der Bewältigung der großen Dürre vor 30 Jahren heute über ein perfektes Wasserversorgungssystem. Durch Infrastrukturmaßnahmen habe das Land gelernt, die Vorteile der feuchteren Zeiten zu nutzen, um das Land und seine Menschen während Trockenperioden ausreichend versorgen zu können. Also Lernen aus dem Klimawandel, statt den Weltuntergang zu predigen.



Genug Wasser in Griechenland.

Jetzt auch noch ein mit dem wichtigsten

EU-Kommission erwägt Sanktionen gegen China



Die EU-Kommission lässt sich von Washington vor den Karren der Interessen der USA, jetzt auch gemeinsam mit Washington gegen China vorgehen.

Die EU-Kommission erwägt ein 11. Sanktionspaket, das diesmal auch Unternehmen aus Drittstaaten betreffen soll, die militärisch verwertbare Produkte nach Russland exportieren. Ganz oben auf der Sanktionsliste stehen Unternehmen des Beitrittskandidaten Türkei sowie dem wichtigsten Handelspartner der Union, China.

Die EU plant einen Tabubruch und riskiert einen Handelskrieg mit China. Die Kommission will in einem weiteren Sanktionspaket gegen Russland jetzt Unternehmen außerhalb Europas bestrafen. Es geht dabei um eine Reihe von Ländern, die nach Ansicht der Kommission Russlands Krieg gegen die Ukraine unterstützen.

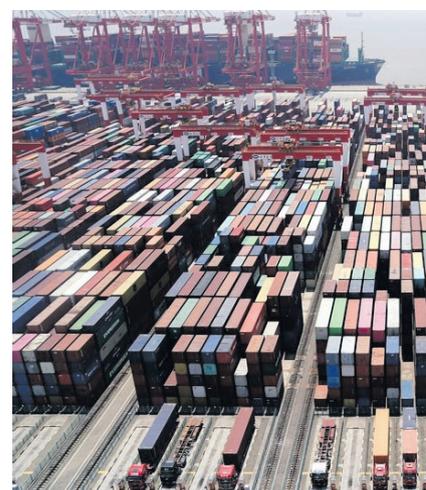
„Ziel ist es, zu verhindern, dass für den Export nach Russland verbotene Güter einen Weg in den russischen Militärkomplex finden“, erläuterte Kommissionssprecher Eric Mamer letzte Woche das geplante 11. Sanktionspaket Brüssels.

Wie aus einem der Nachrichtenagentur AFP vorliegenden Dokument hervorgeht, sollen erstmals auch Firmen aus China und Hongkong von den Sanktionen wegen des Ukraine-Kriegs betroffen sein.

Warnungen aus Peking

China hat die EU daraufhin prompt vor Sanktionen gegen Unternehmen aus der Volksrepublik im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine gewarnt.

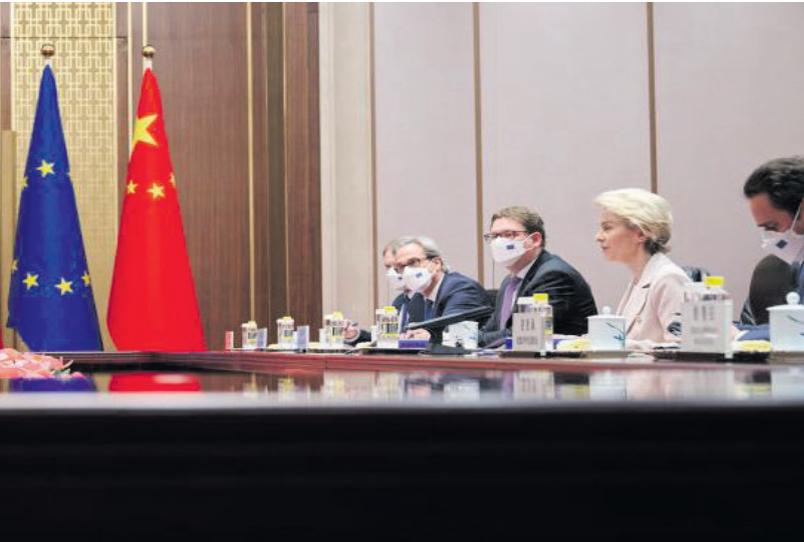
Falls es zu solchen Sanktionen komme, würden sich die beiderseitigen Beziehungen verschlechtern, teilte das Außenministerium unverständlich mit. Peking werde dann entschlossene Maßnahmen ergreifen, um seine Interessen zu schützen. Man lehne jedes Vorgehen ab, das die Beziehungen zwischen China und Russland als Vorwand für eine



Waren im Wert von 626 Milliarden Euro der Frachthafen Shanghai, dem wichti

Wirtschaftskrieg gegen Handelspartner?

- Peking warnt vor massiven Gegenmaßnahmen



den der US-Außenpolitik spannen. Nach Russland soll die EU, so das Ansin- und Importverbote für chinesische Unternehmen verhängen.

Schädigung der Handelskooperation nutze.

Schaden für Europa wäre enorm
„Wenn die EU auch einen Handelskrieg gegen China anzettelt, dann muss man ernsthaft an der Zuverlässigkeit Brüssels zweifeln“, erklärte dazu Harald Vilimsky, freier Delegationsleiter im Europaparlament. Schließlich würde das den wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union treffen, erläuterte Vilimsky: „Wenn das eskaliert, dann wäre das wirtschaftlich selbstmörderisch für Europa.“

Der deutsche Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger schlug in die selbe Kerbe: „Es ist grundverkehrt, auf unseren größten Wirtschaftspartner mit Moralpolitik einzutrommeln.“ Er erinnerte an den „Fall Litauen“: Nachdem eine diplomatische Vertretung Taiwans in Vilnius eröffnet wurde, blieben litauische Waren in den chinesischen Häfen liegen.

In der aktuellen Teuerungskrise einen Wirtschaftskrieg mit China anzuzetteln, sei unverantwortlich und wird nur der europäischen Wirtschaft schaden, warnten auch FPÖ-Europasprecherin Petra Steger und Außenpolitik-Sprecher Axel Kassegger: „Die österreichische Regierung ist aufgefordert, im Interesse der eigenen Bevölkerung zu handeln und dem eine klare Absage zu erteilen. Ansonsten droht unserem inflationsgeplagten Land der totale Wirtschafts- und Handelskollaps!“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollte bedenken, dass dann ihr Lieblingsprojekt, der „Green Deal“, gefährdet ist, da die meisten Batterien für E-Autos, sowie Solarpaneele und Windkraftanlagen aus China kommen.

Die EU importierte 2022 Waren im Wert von 626 Milliarden Euro aus China, im gleichen Zeitraum gingen rund 230 Milliarden Euro an Exporten von der EU nach China.

o kamen im Vorjahr aus China, hier
gsten Handelspartner der EU.

KURZ UND BÜNDIG



Sprachloser Klimaschützer

Die US-Regierung will 50 Milliarden US-Dollar in den Klimaschutz „investieren“. Doch sie kann nicht sagen, ob das etwas bringt und ob dadurch tatsächlich die Erdtemperatur gesenkt werden kann. Bei einer Anhörung wollte US-Senator John Kennedy vom Staatssekretär des US-Energieministeriums, David Turk, wissen, welchen Nutzen das Programm haben soll, mit welchen Effekten zu rechnen sei. Der Staatssekretär des US-Energieministeriums wusste darauf keine Antwort, nur dass es Billionen kosten werde, damit die USA bis 2050 CO₂-neutral zu werden. Über Effektivität der angepöbelten Maßnahmen auf Klima oder Temperatur konnte er nichts sagen.

Skurriles vom EGMR

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) hat wieder zugeschlagen. Belgien hat seiner Ansicht nach die Rechte eines Mannes verletzt, der 1981 für mehrere Morde – unter den Mordopfern war eine fünfköpfige Familie – zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Gerichte haben bisher die vorzeitige Entlassung des Mehrfachmörders verweigert, weil er noch immer eine Gefahr für die Gesellschaft darstelle. Was sagt der EGMR: Der Mann befinde sich in einer „Zwangslage“, da er „keine realistische Aussicht auf Freilassung“ habe, was eine Verletzung von Artikel 3 der Menschenrechtskonvention über Folter darstelle.



USA: Justiz ermittelt gegen Impfstoff-Hersteller

In den beiden US-Bundesstaaten Florida und Texas laufen Ermittlungen gegen die Hersteller der Covid-19-Impfstoffe. In Texas ermittelt Staatsanwalt Ken Paxton, ob die Studien der Hersteller manipuliert wurden, um die Wirksamkeit der Impfstoffe mit der „relativen Risikoreduktion“ statt der „absoluten Risikoreduktion“ zu begründen.

Der Senat von Texas beschloss zuletzt mehrere Gesetze, die darauf abzielen, die COVID-19-Impfung und -Maskenpflicht zu unterbinden. Untersagt würde ebenso die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Impfstatus.

Bereits im Februar dieses Jahres gab Floridas „State Surgeon General“, der oberste Mediziner des Staates, eine Gesundheitswarnung aus: Die Meldezahlen im VAERS-System, dem US-Meldesystem für Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen, seien im Jahresvergleich deutlich höher, als man erwarten würde. Diese seien

zuletzt um 1.700 Prozent angestiegen, verglichen mit einem Anstieg der Impfstoffverabreichung um 400 Prozent. Die Meldungen über lebensbedrohliche Zustände nahmen um mehr als 4.400 Prozent zu.

Derselbe Generalarzt hatte vier Monate zuvor Männern unter 40 abgeraten, sich mit mRNA-Impfstoffen impfen zu lassen, weil „die relative Inzidenz herzbedingter Todesfälle“ innerhalb „von 28 Tagen nach einer mRNA-Impfung um 84 Prozent“ ansteige.



Fragwürdige Zulassung?

„Klebe-Terroristen“

Die „letzte Generation“ hat kein Rettungsauto mit Blaulicht gesehen und das Folgetonhorn nicht gehört. Die Polizei hatte Mühe, die Straßenklebe-Terroristen zu überreden, dass sie die Rettung durchlassen um ein Menschenleben zu retten. Das hat so lange gedauert, dass der arme Patient inzwischen verstorben ist. In Deutschland gab es schon ein Todesopfer. Was völlig unverständlich ist, ist das Gerichtsurteil dazu: Diese Terroristen wurden freigesprochen, weil das Gericht der Meinung war, dass diese unmenschliche Tat „nicht fahrlässig“ war. Was war sie sonst? Absicht? Wer Einsatzfahrzeuge mutwillig behindert, der lädt schwere Schuld auf sich, wenn Menschen zu Schaden kommen. Solche Urteile versteht man nicht – zumal die Gerichte bei ähnlichen Dingen in

LESER AM WORT



der Urteilsfindung oft nicht gerade zimperlich sind. Man könnte den Verdacht haben, dass das Urteil politisch motiviert war – aber natürlich gilt auch für Richter die Unschuldsumutung. Sie gilt für alle, nur nicht für Regierungskritiker, für AfD-Mitglieder, für FPÖ-Sympathisanten, für Identitäre usw.. Man darf gespannt sein, wie die Behörden auf eine Frau in St. Pölten reagieren, die einen frisch gepflasterten Gehsteig ruiniert hat. Sie hat Pflastersteine herausgerissen und in die Löcher wilden Wein gepflanzt. Ich habe auch Pflanzen am Straßenrand – aber in Behältern und mit Bewilligung der Gemeinde.

Stephan Pestitschek Strasshof

wenn es den Medien oder einer bestimmten Klientel passt.

Mario Gubesch, Bad Hall

bert Kickl wählen und „alte weiße Männer“ wie den Herrn Fischler ins Ausgedinge schicken.

Helwig Leibinger, Wien

„Bildungsreise“

Die ÖVP-Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm besuchte die USA, traf Arnold Schwarzenegger und besichtigte „Gärten“. Naja, also nachdem der deutsche „Corona-Karli“, also Gesundheitsminister Lauterbach von der SPD, den Erwerb von Cannabis freigeben möchte, und zwar staatlich kontrolliert und besteuert, wird es wahrscheinlich nicht lange dauern bis Österreich nachzieht. Frage: Waren diese sogenannten „Gärten“ gar Cannabis-Plantagen eines gewissen George Soros? Schließlich nimmt Soros mittels seiner „autonomen“ Stiftung, der „Open Society Foundation“, weltweit Einfluss auf die Politik, und vor allem seit 2010 ganz vehement zur Legalisierung von Cannabis.

Stefan Scharl, Klosterneuburg



Bunte und schräge Vögel

Erhard Busek wurde den Beinamen „bunter Vogel“ Zeit seines Lebens nicht mehr los. In der ÖVP gibt es aber noch so ein paar „schräge Vögel“, die abgehoben und fern vom Volk die eigenen Wähler unverschämt vor den Kopf stoßen. In der EU ist es Othmar Karas, der seinen eigenen Dickhäutler durch zu setzen versucht. Jüngst aufgefallen ist Franz Fischler, Ex-EU-Kommissar, der quasi als Geisterfahrer auf Konfrontationskurs mit der ÖVP-Spitze in Österreich droht, aus der ÖVP austreten zu wollen, falls sie Herbert Kickl zum Bundeskanzler machen sollte. Wie auch schon bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen scheint der Wählerwillen mittlerweile schon rein gar nichts mehr zu gelten. Aus Protest sollte man jetzt erst recht die FPÖ unter Her-

Verbotene Fragen

Es gibt Fragen, die nicht mehr gestellt werden dürfen. Vor einigen Tagen schaffte es eine Umfrage der Johannes Kepler Universität in Anselden unter Jugendlichen in die Medien. Nun eine Umfrage in Wien unter muslimischen Schülern sogar in die „ZIB1“. Kritisiert wird jeweils die Fragestellung. In der empirischen Sozialforschung ist es Standard, dass die Fragen auf Grundlage wissenschaftlicher Methoden erstellt werden. Im Fokus steht dabei immer die zu beantwortende Forschungsfrage. Es stellt sich nun mir die Frage, ob diese nur beantwortet werden darf,

Folgenlose Verschwendung

Es ist ja echt unfassbar, wie Steuergelder verschleudert werden. Durch abgelaufene Covid-Impfungen entsteht ein Schaden von 270 Millionen Euro. In der Privatwirtschaft würde jeder bei so einer Verfehlung entlassen. Aber das dürfte ÖVP und Grünen hier egal sein.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

TERMINE

26. **Sudetendeutscher Tag in Regensburg**

73. **Sudetendeutscher Tag**

26. bis 28. Mai 2023
Donau-Arena, Regensburg



31. **Vortragsabend von FBI und FAW in Wien**

FBI Freiwirtschaftliche Bildungsinstitut **AKADEMIE**

EINLADUNG ZUM VORTRAGSABEND
Wie (un-)sozial ist Wien?
mit **LAbg. Wolfgang SEIDL**

MITTWOCH **Einlass: 18.30 Uhr**
31. MAI **Sala Terrena im Ferdinandhof**
1050 Wien, Wehrgasse 30
U4 Kettenbrückengasse

Im Anschluss Empfang mit Brötchen und Getränken

Anmeldung unter **akademie-wien@fpoe.at** unbedingt erforderlich!

Mit der Anmeldung zur Veranstaltung erklären Sie meine vollständige Zustimmung zum Foto- und Videoaufnahmeprotokoll auf dem ich eingetragt bin zur Freiwirtschaftlichen Akademie und der Freiwirtschaftlichen Akademie Wien. Die Bild- und Videoaufnahmen sind auf Wunsch von der Akademie Wien entfernt werden können. Weitere Informationen zum Thema Datenschutz und den Rechte Ihrer Daten sind unter www.freiwirtschaftliche-akademie-wien.at zu finden.

Impressum: Freiwirtschaftliche Akademie Wien, Hofgasse 1, 1010 Wien

Neue Freie Zeitung **BESTELLSCHHEIN**
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Brigittenaauer Bezirkschef verhöhnt die Bewohner!

Nepp fordert sofortigen Rücktritt von SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler

Ein Paradebeispiel für die Realitätsverweigerung der Wiener SPÖ lieferte der rote Bezirksvorsteher der Brigittenaauer in einem „Krone-Interview“. Dort behauptete er, dass es in seinem Bezirk keinerlei Probleme mit der Einwanderung gebe.

„Wenn der rote Bezirkschef nach dem Machetenmord und Vergewaltigungen keine Gefahr für die Bevölkerung sieht, keine islamistischen Sittenwächter wahrnimmt und auch erklärt, dass es in der Brigittenaauer keine Brennpunktschulen gibt, dann ist das eine Verhöhnung der Opfer und der leidgeplagten Bezirksbewohner“, empörte sich der Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp über Derflers Aussagen.

Rote Realitätsverweigerer

Der FPÖ-Chef warf der Wiener Ludwig-SPÖ totale Realitätsverweigerung vor. Sie habe keine Ah-



Nepp: SPÖ ist für die untragbaren Zustände in Wien verantwortlich.

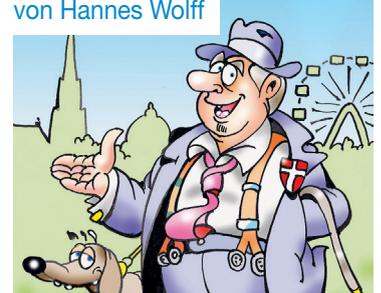
nung über die wahren Zustände in dieser Stadt und wolle den Wienern weismachen, dass alles ganz toll sei. „Tatsache ist, dass SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig die ungezügelte Masseneinwanderung nicht ignoriert, sondern sogar fördert. Er lockt mit üppigen Sozialgeldern kriminelle Migranten nach Wien, die es ihm mit Mord und Vergewaltigung danken. Ludwig und sein Bezirksvorsteher sind das

Sinnbild für das Scheitern sozialistischer Einwanderungspolitik“, kritisierte der Wiener FPÖ-Obmann.

Scharfe Worte fand Nepp auch für ÖVP-Innenminister Gerhard Karner, der die Grenzen weiter offen halte: „Dieses verheerende Zusammenspiel von schwarz-roter Ignoranz bei Sicherheits- und Einwanderungspolitik führt zu den mittlerweile untragbaren Zuständen auf Wiens Straßen.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Mein letzter Spaziergang hat mich nicht sehr weit geführt. Nur zum Friseur. Aber da erfahre ich oft viel aus den unfehlbaren Illustrierten.

Schwarz auf weiß

Diese Woche las ich, dass Cleopatra durch Netflix derzeit als Schwarze dargestellt wird. Hollywood sagt mittels einer dunklen Schauspielerin namens Adele James, dass die Königin so und nicht anders ausgeschaut hat. Und die Ägypter sind darob aus dem Häuschen. Ein ägyptischer Rechtsanwalt geht sogar gegen die Darstellung gerichtlich vor. Er behauptet, dass Cleopatra mediterrane Züge hatte.

Also. Erstens weiß heutzutage kein Schwein mehr, welche Hautfarbe die Dame hatte. Und zweitens dürfen unsere Heiligen Drei Könige seit zwei Jahren nur mehr weiß sein. Was ein Schwachsinn ist. Warum sollte nicht ein Schwarzer ein reicher und weiser Mann sein? Ist dieses Verbannen des schwarzen Königs nicht ganz im Gegenteil eine Diskriminierung der Schwarzen?

Und sind die aufgeregten Ägypter nicht Rassisten, wenn sie die Pharaonin nicht schwarz sein lassen?

Ich warte noch, bis Experten entdecken, dass Cleopatra „divers“ war. Und bis ein Grüner fordert, dass nicht nur einer, sondern alle drei Heiligen Könige schwarz anzumalen sind.

Freiheitliches
Bildungsinstitut

Freiheitliche
AKADEMIE

AKADEMIEWIEN

EINLADUNG ZUM VORTRAGSABEND

Wie (un-)sozial ist Wien?

mit LAbg. Wolfgang SEIDL

MITTWOCH

31. MAI

Einlass: 18.30 Uhr

Sala Terrena
im Ferdinandihof
1050 Wien, Wehrgasse 30
U4 Kettenbrückengasse

Im Anschluss Empfang mit Brötchen und Getränken

Anmeldung unter
akademie-wien@fpoe.at
unbedingt erforderlich!

LAbg. Wolfgang SEIDL

Mit der Anmeldung zur Veranstaltung erkläre ich meine ausdrückliche Zustimmung, dass Foto- und Videomaterial, auf dem ich abgebildet bin, zur Preisoberflächenherstellung verwendet wird in verschiedenen (Sozialen) Medien, Publikationen und auf Webseiten veröffentlicht werden kann. Weitere Informationen zum Thema Datenschutz und Ihre Rechte finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz und <http://www.akademiewien.at/datenschutz>

Impressum: Freiheitliche Partei Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien

STEIERMARK



Asylanten-Straftaten

Die Freiheitlichen haben unlängst aufgedeckt, dass die Steiermark mit rund 500 Asylunterkünften zugepfästert wurde. Nun fördert eine Anfragebeantwortung des Innenministeriums an den steirischen Nationalratsabgeordneten Hannes Amesbauer weitere erschreckende Zahlen zutage: In steirischen Asylunterkünften ist es im Jahr 2022 zu 131 Straftaten gekommen, um 219,5 Prozent mehr als im Vorjahr. „In der Asyl- und Migrationspolitik ist ein Paradigmenwechsel nötig“, forderte Amesbauer.

VORARLBERG



Wiedergutmachung

Die von ÖVP-Landeshauptmann Wallner angekündigte Evaluierung der Corona-Einschränkungen stellt für Vorarlbergs FPÖ-Landesobmann Christof Bitschi keine ausreichende Aufarbeitung dar: „Neben einer schonungslosen Fehleranalyse braucht es auch die umfassende Wiedergutmachung aller verursachter Schäden.“



Christof Bitschi

BURGENLAND



Genossen-Geschenk

Der Bundes-Rechnungshof ließ mit einem aufsehenerregenden Bericht zum Burgenland aufhören: Die „FMB GmbH“, die bis 2020 Reinigungsdienstleistungen im Land erbrachte, wurde von der SPÖ-Alleinregierung weit unter Wert an ihren Geschäftsführer, einen SPÖ-Parteigänger, verschert. „Die burgenländischen Steuerzahler kommen dank der Doskozil-SPÖ zum Handkuss! Das Land verschenkt eine halbe Million Euro, um sie einem roten Parteiapparatschik nachwerfen zu können“, empörte sich FPÖ-Landesparteiobermann Alexander Petschnig. Wie der Rechnungshof aufdeckte, reichte die Einflussnahme bis in die Landesregierung hinauf: SPÖ-Landesrat Heinrich Dorner fungierte als Chef jenes Gremiums, das ohne ordentliches Vergabeverfahren diese Steuergeldvernichtung genehmigte.

Islamismus auf dem Vormarsch: Kritik am Unterricht in Moscheen

In den Moscheen werden Kinder zu Ablehnung der Integration aufgefordert

OBERÖSTERREICH



Anhand der Lehrinhalte, die das „islamische Verhalten“ von Burschen und Mädchen vorschreiben, schlugen Oberösterreichs Freiheitliche Alarm.

Während in Wien eine Studie über den Islamunterricht wegen angeblicher „Islamophobie“ abgesetzt wurde, brachte die in Oberösterreich Erschütterndes zutage. „Moslems sollen also nur mit Moslems befreundet sein. Wer nicht spurt oder die Inhalte in Frage stellt, hat mit negativen Konsequenzen zu rechnen. Und Mädchen müssen ein Kopftuch tragen. Das wird in den oberösterreichischen Moscheen gelehrt. Was sagt hier Bundespräsident Alexander Van der Bellen dazu?“, erklärte FPÖ-Landesparteiobermann Manfred Haimbuchner.

Neuausrichtung des Unterrichts

Bei diesen Lehrinhalten müssten bei Parteien, Behörden und Medi-



Foto: FPÖ Oberösterreich

Haimbuchner: Indoktrinierung Jugendlicher muss gestoppt werden.

en die Alarmglocken schrillen. Integration kann nicht funktionieren, wenn Intoleranz am Programm stehe. Konkret stellt deshalb die FPÖ Oberösterreich drei Forderungen, so Haimbuchner: die Erstellung einer bundesweiten Folgestudie

„Islam in Österreich“, Unterricht ausschließlich im Rahmen der österreichischen Werteordnung und die Forderung nach deutschsprachigem Unterricht und Verwendung der deutschen Sprache als Integrationsbekenntnis.

KÄRNTEN



Kommt „Gebührenbremse“?

Die Kärntner Freiheitlichen haben bereits im Vorjahr eine massive Ausweitung des „Kärnten Bonus“ als Teuerungsausgleich gefordert, da die Preisexplosion die Bürger massiv getroffen hat. Die Landesregierung hat aber erst kurz vor der Landtagswahl eine Erhöhung des „Kärnten Bonus“ beschlossen,



Foto: FPÖ Kärnten

Angerer: Kопierte „Gebührenbremse“ muss auch wirken.

wobei der Großteil des Geldes vom Bund kam.

„Leider haben SPÖ und ÖVP bei der Umsetzung versagt. Das beweist die geringe Zahl von nur 40.000 Anträgen statt der erwarteten 70.000 Anträge. Der Teuerungsausgleich muss in Zukunft antragslos überwiesen werden“, forderte daher der Kärntner FPÖ-Landesparteiobermann Erwin Angerer.

SPÖ-Landeshauptmannstellvertreterin Gaby Schaunig hat jetzt auf den FPÖ-Antrag in der letzten Landtagssitzung reagiert und will eine „Gebührenbremse“. „Das Einfrieren der Mieten und Betriebskosten und damit auch ein Stopp der Gebühren war Inhalt unserer Initiative, die SPÖ und ÖVP im Landtag noch abgelehnt haben. Schaunig muss das jetzt auch rasch umsetzen“, forderte Angerer.

Im Vorjahr hat das Land 200 Millionen Euro mehr an Ertragsanteilen erhalten, von der SPÖ zum „Budgetüberschuss“ hochgejubelt.

NIEDERÖSTERREICH



Foto: FPÖ Niederösterreich

EVN soll endlich die Preise senken

Der freiheitliche Klubobmann im niederösterreichischen Landtag, Reinhard Teufel, kritisierte den Landesenergieversorger EVN scharf. Dieser will den Großteil der angehäuften Milliardengewinne in Form einer Sonderdividende ausschütten. „In Zeiten von Teuerung und galoppierender Inflation, in der die meisten Menschen im Lande nicht mehr wissen, wie sie ihre Stromrechnungen bezahlen sollen, geht es nicht darum, nur die Aktionäre zu befriedigen, sondern alle Haushalte zu entlasten“, erklärte Teufel. Er forderte aufgrund der Preisentwicklung eine Senkung der Stromtarife.

SALZBURG 

Clubobfrau Marlene Svazek präsentierte nach der Sitzung des Landesparteiorgans die Mitglieder des FPÖ-Landtagsklubs.

Das freiheitliche Team für Salzburger Landtag steht

Neue Stärke und bewährte Kräfte für die FPÖ im Salzburger Landtag

Wichtig ist für die FPÖ die Bekämpfung der Teuerung, die Schaffung leistbaren Wohnraumes sowie der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur.

„Der Landesparteiorgans hat einstimmig beschlossen, die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP aufzunehmen“, erläuterte Landesparteiobfrau Marlene Svazek. Weiters wurde die Annahme der erlangten Mandate, sechs Grundmandate und vier Mandate auf der Landesliste, beschlossen.

Die Fraktion wird dabei von Clubobfrau Marlene Svazek angeführt.

Das Mandat der Stadt Salzburg wird Andreas Schöpl annehmen. Andreas Teufl und Hannes Költringer werden als Flachgauer Abgeordnete in den Landtag einziehen. Wieder einziehen werden auch der Pongauer Alexander Rieder sowie Karin Berger aus Lofer.

Vier neue Abgeordnete

„Neu im Landtag sind der Tennengauer Bau- und Zimmermeister Anton Zuckerstätter, der das Tennengauer Mandat annimmt und der Lungauer Bezirksparteiobmann Eduard Egger, der Pinzgauer Bezirksparteiobmann Rene Sauer-

schnigg sowie der Radstädter Bürgermeister und Unternehmer Christian Pewny“, erklärte Svazek.

In den Bundesrat wird wieder die Tennengauer Bezirksparteiobfrau Marlies Doppler entsandt. Im Falle erfolgreicher Regierungsverhandlungen der Freiheitlichen werden Bezirksparteiobmann Dominic Maier sowie Andreas Hochwimmer – beide aus der Stadt Salzburg – in den Landtag nachrücken und Marlene Svazek, Christian Pewny und der Leiter des Bürgerservice der Salzburg AG, Martin Zauner, die Regierungssitze für die Freiheitlichen übernehmen.

Grüner Transgender-Wahn

Nach Wien sollen jetzt auch in der steirischen Landeshauptstadt Graz Kinder für die verquere Geschlechterideologie eingespannt werden. So soll am Wochenende eine Lesung des steirischen Transvestiten „Gloria Hole“ vor Kindern im „Grünen Haus“ stattfinden.

„Derartige Veranstaltungen, bei denen Kinder für fragwürdige Motive linker Gruppierungen instrumentalisiert werden, haben in der Steiermark nichts verloren“, empörte sich FPÖ-Familiensprecher Stefan Hermann. Es sei bezeichnend, dass

anscheinend niemand eine derartige Veranstaltung abhalten wollte und letzten Endes die Grazer Grünen unter Vizebürgermeisterin Judith Schwentner die Tore des „Grünen Hauses“ dafür geöffnet haben, kritisierte Hermann und forderte die Absage der Veranstaltung: „Neben den tagtäglichen Wahnsinnigkeiten, die aus dem Büro der Vizebürgermeisterin über die Grazer hereinbrechen, versucht man diese auch noch mit linker Gender-Ideologie zu indoktrinieren. Wir sagen klar: Dafür ist in Graz kein Platz!“

STEIERMARK 

Hermann: Kein Platz für Transgender-Wahn in Graz.



Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

„Vom Hudeln kommen hässliche Kinder.“ Sagt der Volksmund. Und was der Volksmund spricht, ist da gar nicht so verkehrt. Denn wenn man sich die vergangenen fünf Jahre Regierungsarbeit in Salzburg so ansieht, dürfte der Geduldfaden oft sehr kurz gewesen sein. Der Zugang der Freiheitlichen ist ein entschlossen anderer. Wir sehen uns die Problemlage an, beurteilen, beraten. Und wollen dann am Ende nur Eines: Besserung.

Geduld

Wenn die Medien seit den letzten Tagen auf heißen Nadeln sitzen und bereits nach acht (!) Tagen Verhandlung Einblicke und Endergebnisse fordern, liegt das also nicht unbedingt daran, dass sie an einem durchdachten Programm interessiert sind. Nein. Sie wollen Verhandlungen vorgeifen und strittige Punkte dabei öffentlich und so breit wie nur möglich diskutieren. Das erschwere nämlich eine Zusammenarbeit bereits in ihrer Genese. Misstrauensbildung war jedoch noch nie ein Garant für das Wohl der Bürger. Dafür aber umso mehr für bunte Schlagzeilen in den nächsten fünf Jahren.

Das ist aber nicht das Ziel. Dafür sind wir nicht angetreten. Und auch nicht in die Verhandlungen eingetreten. Wir sind angetreten, um unser freiheitliches Bekenntnis, die Verbundenheit zur Heimat und unsere Verantwortung zur Sicherheit im Land Salzburg einzubringen. In die Verhandlungen sind wir gegangen, um genau das, wofür wir seit Jahren stehen, für unsere Heimat umzusetzen.

Und da lassen wir uns von niemandem drängen. Weil wir ein solides Programm für Salzburg auf die Welt bringen wollen. Und keine hässlichen Kinder.

Im Taxi mit Madeleine

Ein Film, der einem zu Herzen geht

Eine ältere Dame hat beschlossen, ins Altersheim zu übersiedeln. Dafür leistet sie sich ein Taxi.

Der Taxifahrer Charles wird von seiner Zentrale zu dieser Fahrt dirigiert. Er hat grad nicht den besten Tag, private Sorgen quälen ihn, Genaueres erfahren wir aber zunächst nicht. Als er zur angegebenen Abholadresse kommt, läutet er vergeblich am Tor, er ruft auch, aber da sich niemand meldet, hupt er ungeduldig.

Darauf reagiert die Dame, die auf der anderen Straßenseite auf ihn wartet, energisch. Das Zusammentreffen der beiden steht also zunächst unter keinem guten Stern.

Nicht redselig

Die Fahrt beginnt, ohne dass der Taxler auch nur ein Wort spricht. Die ältere Dame stellt dies mit einer enttäuschten Bemerkung fest. Ja, aber was soll er sprechen?

Erst einmal stellt sie sich vor. Ihr Name ist Madeleine. Für wie alt sie der Taxifahrer hält? Nun, etwa achtzig, schätzt er. Zweiundneunzig, korrigiert sie ihn, indem sie ihn einen Charmeur nennt.

Langsam taut Charles auf. Madeleine bittet ihn um einen kleinen Umweg. Sie nennt einen Ort, den sie seit ihrer Kindheit nicht besucht hat und der ihr einst viel bedeutet hat.

So erzählt sie aus ihrem Leben. Madeleine meint, jetzt könne auch er ein wenig aus seinen Tagen berichten. Stockend tut er es.

Ein weiterer kleiner Umweg wird gemacht. Madeleine hat es nicht eilig, in das Altersheim zu kommen. Das wird noch früh genug passieren, meint sie.

Charles telephonierte mit seiner Frau. Es gibt Probleme. Dabei fährt er bei Rot über eine Kreuzung. Und schon ist die Polizei zur Stelle. Charles fleht den Polizisten an. Er sei bei Gelb gefahren, nicht bei Rot. Nein, weiß der Polizist, es war rot.

Die den Polizisten begleitende Polizistin kommt mittlerweile mit Madeleine ins Gespräch.

Eine schöne Fahrt

Da aber muss ich innehalten. Ich nehme an und hoffe, dass Sie sich den Film anschauen werden.

Da wäre es kontraproduktiv, allzu viel von dem zu berichten, was Madeleine, die mittlerweile nicht im Fond, sondern vorne neben Charles sitzt, und Charles in den nächsten Stunden, denn um so viel Zeit handelt es sich, erleben. Was Charles von Madeleine erfährt, grenzt an Unwahrscheinliches. Da waren bittere Erfahrungen an der Tagesordnung. Ein Mann, ein Kind kommen vor, ein Mordversuch.

In der französischen Originalfassung heißt der Film „Eine schöne Fahrt“, was der Sache näherkommt. Man ist emotional mehr gepackt, als man anfangs vermutet hätte, da gab's in den ersten zehn Minuten die Gefahr, der Film werde in Langeweile abgleiten. Aber das ist vorüber.

Als das Altersheim zu später Stunde erreicht ist, geht die Atmosphäre in gefühlte Kälte über.



Foto: Constarine Film

Madeleine geht hinein wie in ein Schwarzes Loch.

Aber der Film ist noch nicht zu Ende. Einige Minuten dauert er noch an. Einige schicksalsschwere Minuten.

Es folgt kein bravouröser Schlussakkord. Man geht schweigend aus dem Kinosaal.

Herbert Pirker

FPÖ Grieskirchen/Eferding zu Besuch im Hohen Haus

Schon zum zweiten Mal besuchten die Freiheitlichen aus den Bezirken Grieskirchen und Eferding heuer das renovierte Parlament in Wien. Dort wurden sie vom Abgeordneten Gerhard Kaniak begrüßt, der ihnen Einblicke in die parlamentarische Arbeit des freiheitlichen Parlamentsklubs gewährte. Mit dabei war auch der Bezirkspar-

teibmann Wolfgang Klinger, der von 2016 bis 2019 selbst als Nationalratsabgeordneter und Wirtschaftssprecher dem freiheitlichen Parlamentsklub angehörte.

Nach einer sehr interessanten Führung durch das Hohe Haus fand der Ausflug bei einem Heurigen in der südlichen Wachau einen gemüthlichen Ausklang.



Foto: FPÖ/Grieskirchen/Eferding

25 Jahre ÖPC – 25 Jahre Partnerschaft

Die Österreichischen Lotterien gratulieren dem Österreichischen Paralympischen Committee (ÖPC) zum 25-Jahr-Jubiläum sehr herzlich

25 Jahre ÖPC heißt 25 Jahre sportliche Höchstleistungen, 25 Jahre Begeisterung, 25 Jahre Inklusion und 25 Jahre Partnerschaft mit den Österreichischen Lotterien. Als diese Kooperation eingegangen wurde war klar, dass es hier um viel mehr als ein klassisches Sponsoring geht: Es muss selbstverständlich sein, dass Sportler:innen mit körperlichen Behinderungen einen unkomplizierten Zugang zum Leistungssport haben und perfekte Trainingsbedingungen vorfinden. Gleichzeitig geht es um die Anerkennung der Leistungen im Behindertensport durch die Öffentlichkeit und um die dazu nötige Bewusstseinsbildung.

In den 25 Jahren wurde gemeinsam viel erreicht: Seit 2001 finden die Paralympischen Spiele immer zwei Wochen nach Abschluss der Olympischen Spiele am selben Veranstaltungsort statt. Ebenfalls seit 2001 werden die Behindertensportler:innen des Jahres im Rahmen der Lotterien Sporthilfe-Gala geehrt. Seit 2004 tragen das Olympic und Paralympic Team Austria die gleiche Bekleidung. Seit 2012 werden Sportler:innen mit Behinderungen gleichwertig von der Österreichischen Sporthilfe, ebenfalls ein Partner der Österreichischen Lotterien, gefördert.

Das Ergebnis dieser Bemühungen kann sich sehen lassen: Seit den ersten Paralympischen Spielen 1960 in Rom haben Österreichs Athlet:innen bei Sommer- und Winterspielen unglaubliche 716-mal Edelmetall gewonnen. Die 345 Medaillen bei Winterspielen bedeuten paralympischen Rekord. Die Österreichischen Lotterien gratulieren herzlich zu allem, was in diesen 25 Jahren erreicht wurde und wünschen dem Paralympischen Team als stolzer Partner bereits jetzt alles Gute für die die Spiele 2024 in Paris.



Foto: iStock/BEIPA Pictures

Lotterien Tag im Theater in der Josefstadt

Karten für „Der Wald“ mit komödiantischem Traumduo auf lotterien.at gewinnen

Der nächste Lotterien Tag steht am 25. Mai auf dem Programm und öffnet diesmal die Türen zum Theater in der Josefstadt: Die Österreichischen Lotterien sind Partner des Theaters und ermöglichen ihren Spielteilnehmer:innen einen außergewöhnlichen Abend mit dem Stück „Der Wald“ von Alexander Ostrowskij. Außergewöhnlich deshalb, weil mit Herbert Föttinger und Robert Meyer zwei Publikumslieblinge als vagabundierende Provinzchauspieler gemeinsam auf der Bühne zu sehen sind. Robert Meyer gibt damit auch sein Josefstadt-Debüt. Wer am Donnerstag, dem 25. Mai 2023 dabei sein möchte, kann auf www.lotterien.at Karten für jeweils zwei Personen gewinnen. Die Teilnahme an der Verlosung ist bis Donnerstag, 18. Mai möglich. Die Gewinner werden per E-Mail verständigt.



Alle Informationen zu den Lotterien Tagen findet man unter www.lotterientag.at

JETZT UNTERSCHREIBEN

**PETITION GEGEN DIE ORF-
HAUSHALTS
ABGABE**

Fail

HAUSHALTSABGABE.FAIL

Angebote des Freiheitlichen Bildungsinstituts

Das **Freiheitliche Bildungsinstitut. Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)** ist die politische Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs. Parteiakademien sind als Vereine organisiert. Der Vereinszweck besteht gemäß Gesetz in der Förderung der staatsbürgerlichen, politischen und kulturellen Bildung sowie von Einsichten in politische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf innerstaatlicher und internationaler Ebene im Sinne der Grundsätze der Bundesverfassung. Dementsprechend bietet das Freiheitliche Bildungsinstitut eine Reihe von allgemein zugänglichen Serviceleistungen für alle interessierten Bürger an.

Publikationen

Das Freiheitliche Bildungsinstitut wirkt im Sinne des staatsbürgerlichen Bildungsauftrags auch als Herausgeber von selbständigen Publikationen.

Die Bücher und Broschüren, die das FBI publiziert, greifen verschiedene wichtige politische, gesellschaftliche und historische Thematiken auf, von der Corona-Politik über die Asylthematik bis zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Auch Bücher zur Parteigeschichte, ein Steuer-Guide und praktische Handbücher für Funktionäre und Wahlhelfer finden sich in unserer Publikationsliste.

Sie finden unsere Publikationen auf unserer Website aufgelistet. Durch Klick auf das Cover können Sie die Verfügbarkeit prüfen, kostenfrei bestellen und die meisten aktuellen Publikationen auch online durchblättern.

Machen Sie Gebrauch vom reichhaltigen Angebot des Freiheitlichen Bildungsinstituts!

